

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 15.11.2011

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 20:45 Uhr

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	16:40 Uhr bis 21:00 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 21:00 Uhr
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	16:30 Uhr bis 19:20 Uhr
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 21:00 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 21:00 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 20:30 Uhr
Frau Katharina Hintz	SPD	16:30 Uhr bis 21:00 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	16:30 Uhr bis 21:00 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	16:30 Uhr bis 21:00 Uhr
Herr Tom Wolter für Halle	MitBÜRGER	16:30 Uhr bis 21:00 Uhr
Herr Dietmar Weihrich 90/DIE GRÜNEN	BÜNDNIS	17:20 Uhr bis 20:45 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Raik Müller CDU Vertreter: Frau Dr. Wünscher

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ein-
ladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Als Tischvorlage wurden folgende Unterlagen zu TOP 9 - Mitteilungen - ausgegeben:

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 15. November 2011 - öffentlicher Teil

- Kurzinformation zur Antragsentwicklung im Rahmen von Bildung und Teilhabe und zu den finanziellen Auswirkungen zum Stand 31.10.2011
- Übersicht über die Vorhaben der Stadt Halle (Saale) im Rahmen des Konjunkturpaketes II
- Vergütung der Mehrarbeit im Amt 37.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 18.10.2011
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Wirtschaftsplan der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH für das Jahr 2012
Vorlage: V/2011/09975
- 5.2. Jahresabschluss 2010 der ARGE SGB II Halle GmbH
Vorlage: V/2011/10104
- 5.3. Entlastung des Verwaltungsrates der Saalesparkasse für das Jahr 2010
Vorlage: V/2011/09906
- 5.4. Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2012 des Eigenbetriebes Zentrales Gebäude-
Management der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/10052
- 5.5. Langfristkonzept Saline-Ensemble
Vorlage: V/2011/09849
- 5.6. Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer auf Spielgeräte und Spieleinrich-
tungen sowie Veranstaltungen anderer Art
Vorlage: V/2011/10171
- 5.7. Genehmigung einer Mehrausgabe in der Straßenreinigung im Verwaltungshaushalt für
das Haushaltsjahr 2011
Vorlage: V/2011/10181
- 5.8. Antrag auf Genehmigung einer Mehrausgabe im Haushaltsjahr 2011 zur Beendigung
von Rechtsstreitigkeiten der Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle GmbH (MMZ
GmbH) mit Dritten
Vorlage: V/2011/10187
- 5.9. Stadtbahnprogramm Halle '25 Vorlagen- und Beschlusswesen
Vorlage: V/2011/10136

- 5.10. Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes gemäß § 8, § 9 ÖPNV- Gesetz des Landes für die HAVAG für das Jahr 2012 und die Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen
Vorlage: V/2011/10112
- 5.11. Wirtschaftsplan 2012 Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09961
- 5.12. Personalentwicklungskonzept und Personalbedarfsplanung 2011 - 2020
Vorlage: V/2011/10146
6. Gesunde Stadtverwaltung
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 7.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE.im Stadtrat Halle (Saale) zur Erstellung eines Personalberichtes
(Bitte bringen Sie die Unterlagen aus der Sitzung am 18.10.2011 mit.)
Vorlage: V/2011/10064
 - 7.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sportverwaltung in Halle
Vorlage: V/2011/10070
 - 7.2.1. Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Sportverwaltung in Halle
Vorlage: V/2011/10287
 - 7.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines Gutachtens zum aufgabenbezogenen Finanzbedarf der Kommunen in Sachsen-Anhalt
Vorlage: V/2011/10078
 - 7.4. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Einführung des Gender Budgetings in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09888
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
9. Mitteilungen
 - Kurzinformation zum Stand der Antragsentwicklung im Rahmen von Bildung und Teilhabe und den finanziellen Auswirkungen
 - Übersicht über die Vorhaben der Stadt Halle (Saale) im Rahmen des Konjunkturpaketes II
 - Investitionsprioritätenliste
10. mündliche Anfragen
11. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 18.10.2011

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 18.10.2011 wird genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

In der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 18.10.2011 wurden folgende abschließende Beschlüsse gefasst:

- zu 3.1 Abschluss eines Vergleiches
Vorlage: V/2011/10031

Geänderter Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, das Amtsgericht anzuregen ~~Das Gericht wird angeregt~~, den vom Rechtsamt erarbeiteten Gegenvorschlag im Rechtsstreit Stadt Halle (Saale) ./G. Garagengemeinschaft „Am Südpark 588“ e. V., der Gegenseite zur Annahme vorzulegen.

- zu 3.3 Verkauf einer Teilfläche eines kommunalen Grundstücks
Vorlage: V/2011/10135

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt den Abschluss eines Optionsvertrages für den Verkauf des Grundstücks Gemarkung Kröllwitz, Flur 24, Flurstück 1/189 – Teil – B – Plan Nr. 32.3 zu den in der Beschlussvorlage aufgeführten Bedingungen.

zu 5 Beschlussvorlagen

- zu 5.1 Wirtschaftsplan der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH für das Jahr 2012
Vorlage: V/2011/09975**
-

An der Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Meerheim, Herr Misch, Herr Dr. Wöllenweber, Herr Knöchel, Herr Wolter, Herr Krause, Herr Neumann, Herr Voß und Herr Peuck (Mitarbeiter Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH).

Einige Mitglieder des Ausschusses führten kritisch aus, dass es sich bei dem städtischen Zuschuss an das Stadtmarketing um eine zwar wichtige, aber rein freiwillige Aufgabe handle. Durch mehrere Mitglieder wurde geäußert, dass die Arbeit inhaltlich geschätzt werde. Die Freien Träger müssten jedoch eine Kürzung der Zuschüsse verkraften. Zusätzliche Einnahmen durch die Einführung einer Kulturförderabgabe könnten auch in diesem Gebiet sinnvoll eingesetzt werden. Der entsprechende Antrag inklusive der Änderungsanträge stehe am 23.11.2011 auf der Tagesordnung der Stadtratssitzung. Eine Betrachtung und Entscheidung im Kontext des Haushaltes sei sinnvoll.

Herr Voß führte auf Anfrage aus, dass der Anstieg des Zuschusses im Jahr 2012 aufgrund des Umzuges der Leopoldina und als Co-Finanzierung für Projektmittel, die im Jahr der Wissenschaft mit Partnern geplant wurden, zustande komme. Die Verstärkung des Teams um eine Stelle für Akquise sei für die Verbesserung des Images der Stadt Halle (Saale) geplant. Eine Verschiebung der Beschlussfassung bis zur Verabschiedung des Haushaltes 2012 sei mit sehr vielen Nachteilen für die SMG verbunden. Herr Voß bat um Verständnis, dass die Langfristigkeit und Planungssicherheit gegeben sein müsse, sonst greifen die Marketingmaßnahmen ins Leere.

Herr Neumann betonte, dass die moderate Erhöhung des Zuschusses aus dem Budget des Dezernates V gedeckt werde. Die Zahlen sprechen für sich. Es seien mehr Studenten und Touristen in der Stadt zu verzeichnen. Der Fachbeirat sichere das Interesse des Gesellschafters Stadt Halle (Saale).

Herr Knöchel stellte den Änderungsantrag, den Zuschuss auf 80 % des Vorjahres zu beschränken.

Es erfolgte ein Austausch für und gegen den Änderungsantrag.

Herr Neumann sagte als Kompromiss zu, den Zuschuss auf den Betrag des Vorjahres zu beschränken und den Wirtschaftsplan entsprechend anpassen zu lassen.

Daraufhin zog Herr Knöchel seinen Änderungsantrag zurück.

Die Verwaltung wurde gebeten, bis zur Stadtratssitzung

- den Aufwuchs finanziell und inhaltlich zu begründen sowie
- die Deckungsquelle des Mehrbedarfes aus dem Dezernat V aufzuzeigen.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

~~Der Wirtschaftsplan der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH für das Jahr 2012 wird bestätigt.~~

Der Zuschuss der Stadt an die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH wird in Höhe des Vorjahresniveaus in Höhe von 1.111.300 € bestätigt.

Ggf. zusätzliche 200 T€ werden im Rahmen der Haushaltsplandiskussion 2012 erörtert.

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 15. November 2011 - öffentlicher Teil

Auf Nachfrage erläuterte Herr Schenkel, dass das Betriebsergebnis vor der Risikoversorgung zwar in 2010 geringer sei als im Jahr 2009, aber der Jahresüberschuss gleich sei. Für die Risikoversorgung gebe es gesetzliche Vorschriften und kein Ermessen. Der Jahresabschluss sei geprüft und bestätigt.

Einige Mitglieder erinnerten an die Kritik aus dem Vorjahr bezüglich des Berichtes des Verwaltungsrates. Auch in diesem Jahr sei der Bericht nicht inhaltsreicher.

teilweiser Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 17. August 2010, öffentlicher Teil, Seite 14

zu 5.11 Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Saalesparkasse für das Jahr 2009 - Vorlage: V/2010/09014

...

Einige Mitglieder des Finanzausschusses kritisierten, dass der Tätigkeitsbericht des Verwaltungsrates so knapp gehalten sei. Dies sei besonders für die Fraktionen nachteilig, die nicht im Verwaltungsrat vertreten seien.

...

Mit dem Vorschlag von Herrn Dr. Meerheim, heute die Abstimmung unter dem Vorbehalt durchzuführen, dass ein überarbeiteter Tätigkeitsbericht nachgereicht wird, erklärten sich einige Stadträte nicht einverstanden.

...

Die Mitglieder des Ausschusses baten um künftige Änderung der Form des Tätigkeitsberichtes und um eine Aufstellung über die participations der Saalesparkasse.

Herr Schenkel sagte dies zu.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Saalesparkasse für das Jahr 2010.

zu 5.4 Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2012 des Eigenbetriebes Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale) Vorlage: V/2011/10052

An der Diskussion beteiligten sich Herr Knöchel, Herr Krause, Herr Bönisch, Herr Neumann, Herr Geier und Herr Bielecke.

Auf Nachfrage bezüglich der weiteren Planungen mit dem EB ZGM führte Herr Neumann aus, dass der Stadtrat über Bildung der Organisationsform des Eigenbetriebes entscheiden könne. Das Hauptamt wurde bereits gegründet. Die weiteren Änderungen der Organisation sollen optimiert erfolgen. In der vergangenen Zeit wurden erhebliche Personaleinsparungen vorgenommen. Zurzeit erfolge die Prüfung vor dem Hintergrund Shared Service. Die Haupt-

kritik in der Vergangenheit seien die fehlenden Unterhaltungsmittel für die Gebäude gewesen. Diese Situation konnte durch die deutliche Reduzierung der kommunalen Flächen entspannt werden. Die derzeitige Organisation des EB ZGM sei auch im Hinblick auf den Übergang zur Doppik nicht nachteilig.

(17:20 Uhr - Herr Wehrich kam in die Sitzung.)

Herr Neumann avisierte eine Vorlage mit 1-2 alternativen Vorschlägen zur weiteren Entwicklung im II. Quartal 2012. Ziel sei die effiziente Bewirtschaftung der Gebäude unabhängig von der Rechtsform.

Herr Geier bestätigte, dass die Organisationsform des Gebäudemanagements zweitrangig sei. Es gebe für verschiedene Formen gute Beispiele in den Kommunen. Die Startbedingungen in Halle (Saale) waren mangelhaft. Wichtig für die finanzielle Situation und die Optimierung des Gebäudemanagements sei der zukünftige Gebäudebestand. Die Zuordnung der Gebäude zurück zur Stadt war der Abschreibungsproblematik geschuldet. Dies entfalle mit der Einführung der Doppik. Die nicht optimierte Übernahme des Hauptamtes zum 1.1.2011 hatte für die Kernverwaltung Nachteile, da die Optimierung dann nachträglich in vorgenommen werden musste und noch muss. Die Kosten wurden vor der Bildung des Hauptamtes oft nicht konkret an die Verursacher weitergeleitet, so dass auch kein Ausgabendruck entstand. Die Aufgabenstellungen des Gutachtens aus dem Jahr 2008 der Firma Rauschenbach seien noch nicht überholt.

Herr Neumann führte aus, dass die Aufgabenstellungen des Gutachtens sukzessive vom EB ZGM umgesetzt werden.

Herr Bielecke fügte an, dass der Betriebsausschuss im Rahmen eines Konzeptes die Umsetzung des Gutachtens bestätigt habe und ständig über die Erledigung informiert werde. 80 % der Aufträge seien abgearbeitet.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
6 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, entsprechend § 10 Abs. 2 a) der Satzung der Stadt Halle (Saale), für den „EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)“ den Wirtschaftsplan für das Jahr 2012.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VerwHH:
Serviceentgelt der UA an EB ZGM (531010, 531020, 531030) 24.915,00 T€
VermHH: Investitionszuschuss an EB ZGM 0,00 T€

zu 5.5 Langfristkonzept Saline-Ensemble Vorlage: V/2011/09849

An der Diskussion beteiligten sich Frau Nagel, Herr Wolter und Herr Knöchel.

Herr Wolter stellte folgenden Antrag:

Die Vorlage wird zurückgestellt, da Herr Kogge aus krankheitsbedingten Gründen nicht anwesend ist.

Abstimmung des Antrages:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Von einigen Mitgliedern wurde die Qualität der Vorlage kritisiert. Weiterhin wurde gefragt, warum der Beschlussvorschlag nicht mit eigenem Personal umgesetzt werden soll.

Abstimmungsergebnis:

zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, eine Machbarkeitsstudie zum Langfristkonzept Saline-Ensemble mit dem Ziel der Einwerbung von Fördermitteln für die bauliche Instandsetzung der Saline durchzuführen.

Die Ansätze des Grobkonzeptes werden zur Kenntnis genommen. Die Realisierung ist abhängig von der Finanzierung des Projekts.

Finanzielle Auswirkungen:

25.000€

Haushaltsstellen:	VerwHH	1.3210.100000
		1.4010.586000

zu 5.6 **Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer auf Spielgeräte und Spieleinrichtungen sowie Veranstaltungen anderer Art**
Vorlage: V/2011/10171

Auf Nachfrage von Herrn Misch erläuterte Herr Stohn (Leiter des Ressorts Steuern), dass das Verwaltungsgericht die Satzung in laufenden Verfahren nicht beanstandet hatte. Die Stadt ist gegen ein durch das Verwaltungsgericht gefasstes Urteil in Berufung gegangen. In dieser Verhandlung beanstandete das Oberverwaltungsgericht die Satzung. Aufgrund dieser Beanstandung wurde die Vorlage zur Beschlussfassung eingereicht.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer auf Spielgeräte und Spieleinrichtungen sowie Veranstaltungen anderer Art.

Finanzielle Auswirkung:

Die Satzungsänderung ist erforderlich, um Einnahmeverluste vorzubeugen. Die Verwaltung sähe sich sonst Rückforderungen aus der Vergnügungssteuer für Spielgeräte mit Gewinnmöglichkeit aus dem Zeitraum Januar bis Oktober 2007 ausgesetzt. Die Verwaltung rechnet damit, eine Summe von ca. 250.000 Euro an Steuern erneut rechtssicher festsetzen zu können.

Haushaltsstelle: VerwHH : 1.9000.021000

**zu 5.7 Genehmigung einer Mehrausgabe in der Straßenreinigung im Verwaltungshaushalt für das Haushaltsjahr 2011
Vorlage: V/2011/10181**

Auf Nachfrage von Herrn Misch erläuterte Herr Stäglin, dass die Verlängerung des Straßenreinigungsvertrages aus Krankheitsgründen noch nicht vertraglich vereinbart wurde. Der diesbezüglich geplante Termin musste aus den vorgenannten Gründen abgesagt werden.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt für das Haushaltsjahr 2011 die Mehrausgabe für die Straßenreinigung, Haushaltsstelle 1.6750.570500, in Höhe von 167.700 EUR.

Die Deckung erfolgt aus der Haushaltsstelle Erstattungen von kommunalen Sonderrechnungen, Straßenreinigung, 1.6750.165000, in Höhe von 167.700 Euro.

<u>Finanzielle Auswirkung:</u>	Haushaltsstelle:	VerwHH:
	1.6750.570500	167.700 EUR
	Deckung:	
	1.6750.165000	167.700 EUR

**zu 5.8 Antrag auf Genehmigung einer Mehrausgabe im Haushaltsjahr 2011 zur Beendigung von Rechtsstreitigkeiten der Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle GmbH (MMZ GmbH) mit Dritten
Vorlage: V/2011/10187**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Knöchel, Herr Wolter, Herr Bönisch, Herr Dr. Meerheim und Herr Neumann.

Auf Nachfrage erläuterte Herr Neumann, dass die angebotenen Deckungsmittel nur aus dem Grund möglich seien, weil der Haushalt wegen der vorläufigen Haushaltsführung gesperrt war. So konnte z. B. die Bürgerarbeit erst verspätet begonnen werden und einige Maßnahmen wurden in das Jahr 2012 verschoben. Der Eigenbetriebsausschuss des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung kenne diesen Sachverhalt.

Weiterhin gab Herr Neumann Informationen zum laufenden Vergleichsverfahren MMZ, dem die Gegenseite noch nicht zugestimmt habe. Aufgrund des Gremienlaufes wurde beim Gericht die Fristverlängerung bis zum 25.11.2011 beantragt und genehmigt.

Herr Neumann sagte auf Bitte einiger Mitglieder des Ausschusses eine Darstellung über den Mittelabfluss der zur Deckung angebotenen Haushaltsstelle: Eigenbetrieb für Arbeitsförderung – Zuschuss an Eigenbetrieb - Bürgerarbeit, Haushaltsstelle 1.8410.715200 als Anlage zur Niederschrift zu.

Ergänzung im Nachgang der Sitzung:

An die
Mitglieder des Ausschusses
für Finanzen, städtische Beteiligungs-
verwaltung und Liegenschaften

Dezernat Wirt-
schaft und Arbeit

W. Neumann
Beigeordneter

Telefon: 221-4060
Telefax: 221-4064
E-Mail:
wolfram.neumann
@halle.de

23. 11.2011

*Darstellung über den Mittelabfluss der zur Deckung angebotenen Haushaltsstelle: Eigenbetrieb für Arbeitsförderung im Rahmen der Mehrausgabe zur Beendigung von Rechtsstreitigkeiten der Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle GmbH
Vorlage: V/2011/10187
TOP 5.8 - Finanzausschuss vom 15.11.2011*

Der Beschluss einer Mehrausgabe für das Mitteldeutsche Multimediazentrum 1.8400.715400 in Höhe von 275.000 EUR wurde im Finanzausschuss am 15.11.2011 gefasst.

Nachfolgende Darstellung zeigt den Mittelabfluss der zur Deckung angebotenen Haushaltsstelle: Eigenbetrieb für Arbeitsförderung – Zuschuss an Eigenbetrieb - Bürgerarbeit, Haushaltsstelle 1.8410.715200 zur nachrichtlichen Information.

	Ist 2010	Plan 2011	Ist 16.11.	V-Ist 2011*
Zuschuss an Eigenbetrieb	2.063.000	2.128.000	2.128.000	2.128.000
Zuschuss Kommunal Kombi	288.000	288.000	223.000	262.000
Zuschuss Bürgerarbeit		225.000	0	66.000
Summe	2.351.000	2.641.000	2.351.000	2.456.000

Der EfA benötigt noch bis zum Jahresende Mittel in Höhe von 105.000 € zur Realisierung von Maßnahmen mit 50 TN, die noch zum Jahreswechsel beginnen, sowie für ein Zertifizierungsverfahren nach AZWV, welches für zukünftige Antragsstellungen notwendig ist.

gez. Wolfram Neumann
Beigeordneter

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
4 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt für das Haushaltsjahr 2011 die Mehrausgabe für das Mitteldeutsche Multimediazentrum 1.8400.715400 in Höhe von 275.000 EUR.

Die Deckung erfolgt aus folgenden Haushaltsstellen:

1. Wirtschaftsförderung – Sachausgaben eigener Veranstaltungen, Haushaltsstelle 1.7910.586000, in Höhe von 70.000 EUR,
2. Wirtschaftsförderung – Öffentlichkeitsarbeit und Werbung, Haushaltsstelle 1.7910.588000 in Höhe von 50.000 EUR,
3. Wirtschaftsförderung – weitere besondere Sachausgaben, Haushaltsstelle 1.7910.620000, in Höhe von 11.000 EUR,
4. Wirtschaftsförderung – Sachausgaben Akquisition/Netzwerk, Haushaltsstelle 1.7910.620400, in Höhe von 9.000 EUR,
5. Eigenbetrieb für Arbeitsförderung – Zuschuss an Eigenbetrieb - Bürgerarbeit, Haushaltsstelle 1.8410.715200, in Höhe von 135.000 EUR,

zu 5.9 Stadtbahnprogramm Halle ´25 Vorlagen- und Beschlusswesen **Vorlage: V/2011/10136**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Bönisch, Herr Weirich, Herr Misch, Herr Wolter, Herr Krause, Herr Dr. Meerheim und Herr Stäglin.

Die Mitglieder des Ausschusses bekräftigten ihren Wunsch, möglichst früh bei Baumaßnahmen einbezogen zu werden und auch aus verschiedenen Varianten auswählen zu können. Weiterhin sollten betriebswirtschaftliche Berechnungen von Anfang an in die Prüfung einfließen. Die Auswirkungen auf die städtischen Unternehmen seien noch nicht in ausreichendem Umfang geprüft, den Aufsichtsräten vorgelegt und diskutiert.

Herr Stäglin erläuterte, dass den Wünschen des Rates Rechnung getragen werden solle, aber die Fördermittel für dieses Programm terminlich und im Umfang endlich seien. Deshalb wurde dieses Verfahren gewählt, um Fördermittel in möglichst großem Umfang für die Stadt einwerben zu können. Die Vorlage sei mit den betroffenen Unternehmen abgestimmt. Ein Signal vom Landesverwaltungsamt gebe es noch nicht. Dieses wurde aber aufgrund des aktuellen Beratungsstandes auch noch nicht detailliert informiert.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Das in der Anlage 1 zur Begründung der Vorlage dargestellte Vorlagen- und Beschlusswesen wird bestätigt.

**zu 5.10 Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes gemäß § 8, § 9
ÖPNV- Gesetz des Landes für die HAVAG für das Jahr 2012 und die
Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen
Vorlage: V/2011/10112**

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Meerheim informierte Herr Roesler (Teamleiter Verkehrsentwicklungsplanung / Nahverkehr), dass im Haushaltsjahr 2011 für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen 911,5 T€ eingeplant waren.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat bestätigt die Verwendung der Mittel des Landes Sachsen-Anhalt gemäß § 8 und § 9 des ÖPNV-Gesetzes des Landes und die Höhe des Ausgleiches verbundbedingter Belastungen an den Mitteldeutschen Verkehrsverbund.

Finanzielle Auswirkung:

VerwHH		
Ausgaben	942.900 €	1.7920.715300

**zu 5.11 Wirtschaftsplan 2012 Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09961**

Auf Nachfrage von Herrn Wolter erläuterte Herr Kreisel, dass die Tarifsteigerungen nicht einkalkuliert wurden. Der Tarifvertrag laufe zwar am 28.02.2012 aus, aber in den vergangenen Jahren seien die eingeplanten Tarifsteigerungen nicht so eingetreten wie geplant. Der durch das KiföG vorgegebene Personalschlüssel lasse keine Wahlmöglichkeit. Der Anstieg der Abschreibungen sei hauptsächlich durch die erheblichen Investitionen durch KP II, z. B. in der Einrichtung in der Herweghstraße verursacht. Zum Stand der Gründung der Anstalt des öffentlichen Rechts führte Herr Kreisel aus, dass alle Grundstücke des Eigenbetriebes bewertet wurden, um eine ggf. anfallende Grunderwerbssteuer zu berechnen. Aus finanziellen

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 15. November 2011 - öffentlicher Teil

Gründen werde aber ein Modell geprüft, diese zusätzliche Ausgabe zu vermeiden. Die Unterlagen für das Landesverwaltungsamt (LVA) sollen bis Ende November 2011 zusammengestellt werden. Das LVA stellt noch im Dezember 2011 seine Entscheidung in Aussicht.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt dem Wirtschaftsplan 2012 **des Eigenbetriebes** Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in vorliegender Fassung zu.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle 1.4640.6750
Erstattung an Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) 2.832.378 €

Haushaltsstelle 1.4640.7150
Zuschuss Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) 24.292.374 €

zu 5.12 Personalentwicklungskonzept und Personalbedarfsplanung 2011 - 2020
Vorlage: V/2011/10146

An der Diskussion beteiligten sich Frau Nagel, Herr Krause, Herr Dr. Wöllenweber, Herr Wolter, Herr Bönisch, Herr Dr. Meerheim, Herr Knöchel, Herr Geier, Frau Unger und Frau Hock.

Frau Unger erläuterte die als Anlage zur Sitzung elektronisch beigefügte Präsentation. Weiterhin führte sie auf Anfrage aus, dass an der erwähnten Mitarbeiterbefragung ca. 25 % der Mitarbeiter teilgenommen haben. Der Anteil der Dezernate war sehr unterschiedlich. Der Bericht wurde in der Beigeordnetenkonferenz und in den einzelnen Dezernaten ausgewertet und diskutiert.

Weiterhin erläuterte Frau Unger, dass befristete Einstellungen nur bei der Besetzung von Vertretungen in der Elternzeit oder bei Langzeiterkrankten vorgenommen werden. Befristungen seien sonst in der Stadtverwaltung nicht üblich.

Die Personalbedarfsplanung werde jährlich überprüft. Vor jeder Ausschreibung erfolge eine kritische Prüfung, ob die Besetzung der Stelle notwendig ist.

Auf Nachfrage führte Herr Geier aus, dass der Lenkungsausschuss für die Fachkonzepte wieder aufgegriffen werde, wenn der Diskussionsprozess beginnt. Das Procedere sei bei den Beteiligten bekannt und habe sich bewährt. Ggf. müsse eine Abfrage bei den Fraktionen erfolgen, da sich die personelle Besetzung geändert haben könnte. Das Ziel sei die Aufgabenkritik, welche insbesondere beim Ausscheiden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorgenommen werden müsse. Die Aktivierung des Lenkungsausschusses werde im Moment eingetaktet.

(19:20 Uhr - Frau Dr. Wünscher verließ die Sitzung.)

Zur Auflage des Landesverwaltungsamtes zum Stellenbedarfskonzept erläuterte Frau Unger, dass eine Aufgabenkritik und die kritische Prüfung von Standards erwartet werden. Das Ziel sei die Orientierung der Stadt an Best Practice Beispielen anderer Städte, die im Rahmen von interkommunalen Vergleichsringen ermittelt wurden.

Ergänzung im Nachgang der Sitzung:

Quelle: Wikipedia

Der Begriff best practice, auch Erfolgsmethode genannt, stammt aus der angloamerikanischen Betriebswirtschaftslehre und bezeichnet bewährte, optimale bzw. vorbildliche Methoden, Praktiken oder Vorgehensweisen im Unternehmen.

Der Prozess werde dem Landesverwaltungsamt dargestellt, inklusive schon vorhandener Ergebnisse und Themen, die sich noch in der Prüfung befinden.

Herr Geier fügte an, dass die Fachbeigeordneten unmittelbar eingebunden seien, da durch sie die Schwerpunkte der zukünftigen Arbeit der Dezernate definiert werden müssen, um Einsparpotenziale aufzuzeigen. In deren Ergebnis sind zum Teil politische Entscheidungen notwendig. Die notwendigen Unterlagen seien in der Verwaltung zur Unterstützung eingesteuert.

Herr Neumann bestätigte die Aussagen.

Auf Bitte der Mitglieder des Ausschusses sagte Herr Geier die Übergabe des Schreibens der Verwaltung an das Landesverwaltungsamt bezüglich des Stellenabbaukonzeptes zu.

Entsprechend der Bitte in der Sitzung reicht die Verwaltung im Nachgang der Sitzung folgende Informationen nach:

Wie ist der Stand der Nachbesetzung der in der Vorlage PE-Konzept / Personalbedarfsplanung (Teil III, S. 3) für das Jahr 2011 aufgeführten Stellen?

Zur Nachbesetzung (Stand 25.08.2011) aufgeführt sind: 33 Stellen Verw.
5 Spezialisten
4 Arbeiter

Stand der Nachbesetzung zum 15.11.2011:

<i>in VZS</i>	Wiederbesetzung erfolgt	Auswahlverfahren läuft	Prüfung HHKo	offen	Summe
<i>Verwaltung</i>	6	8	11	7 +1 Stelle gesperrt bis 2015	33
<i>Spezialisten</i>	3		2		5
<i>Arbeiter</i>		1	3		4

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Fortschreibung des strategischen Personalentwicklungskonzeptes (Teil I der Vorlage) für die Stadtverwaltung Halle (Saale).
2. Der Stadtrat nimmt die Abrechnung der Umsetzung des Personalentwicklungskonzeptes und die Fortschreibung der Personalbedarfsplanung für den Zeitraum 2011 bis 2020 zur Kenntnis.
3. Die Personalbedarfsplanung ist jährlich für einen Prognosezeitraum von 10 Jahren fortzuschreiben und aller 2 Jahre einschließlich der Umsetzung des PE-Konzeptes dem Stadtrat vorzulegen.

zu 6 Gesunde Stadtverwaltung

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Bönisch und Frau Unger.

Frau Unger erläuterte auf Nachfrage, dass durch den Mobbingbeauftragten der Stadt ca. 3-5 Fälle pro Jahr bearbeitet werden. Oft stellen sich diese als Konflikte am Arbeitsplatz heraus. Der Krankenstand sei keine Messgröße für eine gesunde und leistungsfähige Mitarbeiterschaft. Die Berechnung sei sehr unterschiedlich. Aus diesem Grund lassen sich schlecht Vergleiche anstellen.

Es könne festgestellt werden, dass nach durchgeführten Gesundheitsprojekten der Krankenstand rückläufig sei. Ein hoher Krankenstand in einem kleinen Bereich habe keine große Aussagekraft. Es müsse immer nach den Ursachen geschaut werden. Eine Krebserkrankung kann durch die Schwere der Erkrankung und den langen Behandlungslauf die Statistik stark negativ beeinflussen. Auf diese Zahlen hat der Arbeitgeber z. B. keinen Einfluss.

Im Nachgang der Sitzung wurden die gewünschten Aussagen zu den Kosten des Gesundheitsmanagements 2011 nachgereicht.

(in T€)	Ausgaben		Einnahmen
	ges.	dav. Pk	
Betriebsärztlicher Dienst (UA 0830)	127,6	103,2	14,5
Arbeitssicherheit (in UA 0220)	191,9	179,0	5,7
Gesundheitsmanagement (in UA 0220)	170,6	148,8	

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 7.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE.im Stadtrat Halle (Saale) zur Erstellung eines Personalberichtes Vorlage: V/2011/10064

Zu Beginn der Sitzung wurde von der Verwaltung ein Vorschlag übergeben. Herr Dr. Meerheim erklärte für die Fraktion, dass diese den Vorschlag der Verwaltung sehr gut finde und aus diesem Grund übernehme.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zur Stadtratssitzung ~~Dezember 2011~~ **März 2012** erstmalig einen Personalbericht über die Entwicklung der Personalstrukturen und Personalausgaben der Stadtverwaltung und deren Eigenbetriebe dem Stadtrat vorzulegen.

Der Bericht sollte nach folgenden Hauptinhalten strukturiert sein:

- ~~1. Personalbestand (Analyse) – bezogen auf die einzelnen Ämter
— Soll-Ist-Vergleich
— Altersstruktur (Gilt auch nachfolgend für alle aufgeführten Punkte.)~~
- ~~2. Personalveränderungen des letzten Jahres (Vergleich 2010 zu 2011)~~
- ~~3. Personalentwicklung (BewerberInnen, Fortbildungsmaßnahmen, Praktika,
— Handlungsschwerpunkte und Instrumente der Personalentwicklung etc.)~~
- ~~4. Besondere Personalbetrachtungen (Überstunden, Ausfallzeiten, Beurlaubungen)~~
- ~~5. Allgemeine Personalentwicklung (Gesundheitsfürsorge, soziale Leistungen,
— Arbeitsplätze für Schwerbehinderte etc.)~~
- ~~6. Entwicklung der Personalkosten~~

1 ORGANISATIONSMANAGEMENT

1.1 STRUKTURELLE VERÄNDERUNGEN (ORGANIGRAMM) bisher jährlicher Stellenplan

1.2 FÜHRUNGSKRÄFTE Entwicklung der Anzahl der vergangenen 5 Jahre Zusammensetzung m/w Beamte / Angestellte Durchschnittsalter

1.3 STELLENENTWICKLUNG gesamt und nach Dezernaten/Ämtern - vergangene 10 Jahre Stellenprognose

2 PERSONALKOSTEN

2.1 PERSONALKOSTENENTWICKLUNG Einspareffekte (HHKo I-III, Ist Untersetzung der globalen Minderung) Anteile Pk am Verwaltungshaushalt (zz. Vorbericht) Pk-Entwicklung

2.2 BESOLDUNGS- UND VERGÜTUNGSSPIEGEL Beamte – Aufteilung nach Besoldungsgruppen, dar. m/w Beschäftigte – Aufteilung nach EG, dar. m/w

3 PERSONALMANAGEMENT

3.1 PERSONALBESTÄNDE

3.1.1 PERSONALBESTAND NACH DIENSTVERHÄLTNIS

vergangene 5 Jahre

3.1.2 PERSONALBESTAND NACH GESCHLECHT

vergangene 5 Jahre

3.1.3 STATISTISCHER ÜBERBLICK ZUM VERHÄLTNIS VON VOLL- UND TEILZEIT

nach Beamten (m/w), Beschäftigten (m/w)

Verhältnis Voll-/Teilzeit als Torten (ges., Beamte, Beschäftigte, m, w)

3.2 ALTERSSTRUKTUR UND DEREN FOLGEN

3.2.1 PERSONALALTERSSTRUKTUR STADT HALLE

Altersbaum nach Geschlecht nach Dezernaten einschl. Vorschau 2020

3.2.2 DER FACHKRÄFTEVERLUST INFOLGE DER DEMOGRAFISCHEN ENTWICKLUNG

qualitative Zusammensetzung der ausscheidenden MA

- nach Fachrichtung pro Jahr

- nach Diensten pro Jahr

- je über den Zeitraum 2011 bis 2020 kumuliert

3.2.3 ATZ IN DER STADT HALLE

Aktuelle ATZ-Verträge (Ausweis Ende Arbeits- und FZ-Phase)

3.2.4 WEITERE PERSONALBETRACHTUNGEN

z.B. befr. EU, Sonderurlaub, Mutterschutz, Beschäftigungsverbot, Elternzeit (m/w)

3.3 AUSSCHREIBUNGEN, BEWERBUNGEN, EINSTELLUNGEN, AUSTRITTE

3.3.1 AUSSCHREIBUNGEN

Entwicklung interner und externer Ausschreibungen seit 2008

3.3.2 BEWERBUNGEN

Bewerbungseingänge (Anzahl)

Vergleich Ausschreibungen / Bewerbungen

3.3.3 AUSTRITTE UND EINSTELLUNGEN VORJAHR

Anzahl und Austrittsgründe (Befristung Vertrag, Dienststellenwechsel, EU-Rente, Altersrente, Tod, Beendigung durch AN oder durch AG,...)

Begründung von Arbeits- und Dienstverhältnissen (Neueinstellungen)

3.4 TRANSFERPERSONAL UND SOZIALSTELLEN

4 INTEGRATION SCHWERBEHINDERTER MENSCHEN

4.1 Beschäftigungsquote zu anrechenbaren Arbeitsplätzen

4.2 gesetzliches Soll zu Ist Arbeitsplätzen

5 PERSONALENTWICKLUNG

5.1 AUSBILDUNG

5.1.1 ANZAHL DER AUSZUBILDENDEN

nach Berufsgruppen

Entwicklung der Ausbildungsplätze

Verhältnis Ausbildungsplätze zu Bewerbungen

5.1.2 KOSTEN DER AUSBILDUNG
5.1.3 PRAKTIKA <i>Anzahl, Arten Schul-, Pflichtpraktika (Studium)</i>
5.2 FORTBILDUNG <i>Teilnahme an Fortbildungen/Fortbildungskosten, Kosten je MA/nach Maßnahme Entwicklung Teilnehmerübersichten/Maßnahme</i>
5.3 PROJEKTE DER PERSONALENTWICKLUNG
6 GESUNDHEITSMANAGEMENT
6.1 ARBEITSSICHERHEIT <i>Arbeitsunfälle in den vergangenen Jahren, nach Beschäftigten- gruppen getrennt nach Arbeits- und Wegeunfällen und Geschlecht Ausfalltage (nach Dienstverhältnis) Gefährdungsbeurteilungen</i>
6.2 BETRIEBLICHES GESUNDHEITSMANAGEMENT <i>Entwicklung des prozentualen Krankenstandes Gesundheitsprojekte (Anzahl)</i>
6.3 BETRIEBLICHES EINGLIEDERUNGSMANAGEMENT <i>Aktuelle Fallzahl nach Geschlecht Altersstruktur der BEM-Fälle BEM-Maßnahmen Vorjahresvergleich</i>
6.4 BETRIEBSÄRZTLICHER DIENST

2. Der Personalbericht wird von der Verwaltung ab 2012 jährlich im September des Jahres vorgelegt.

zu 7.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sportverwaltung in Halle
Vorlage: V/2011/10070

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wehrich, Herr Misch, Herr Bönisch und Herr Geier.

Die Mitglieder des Ausschusses bekundeten, dass sie mehrheitlich die Zuständigkeit des Rates in dieser Frage sehen.

Herr Geier erläuterte, dass nach der Ausgliederung der Bäder die Frage in der Verwaltung aufgekommen sei, wie die Sportverwaltung zukünftig organisiert werden soll. Aus diesem Grund hat die Oberbürgermeisterin eine Prüfung veranlasst. Ein Bereich wurde vorher aus Gründen der Praktikabilität verändert. Dies betrifft die Vergabe der Schulturnhallen. Diese sollte aus einer Hand erfolgen. Im Zuge der Überlegungen kam der Stadtsportbund auf die Stadt zu und teilte Überlegungen mit, wie sich dieser die zukünftige Sportverwaltung vorstellen könne. Diese Vorstellungen müssen unter rechtlichen, organisatorischen,

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Teilnehmungsverwaltung und Liegenschaften am 15. November 2011 - öffentlicher Teil

fördermitteltechnischen und finanziellen Aspekten geprüft werden. Diese Prüfungen laufen zurzeit.

Es wurde kurz diskutiert, ob sich der Antrag erledigt habe.

Herr Bönisch stellte den unter TOP 7.2.1 nachträglich in Session eingestellten Antrag.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der TeilnehmungsmanagementAnstalt Halle dem Stadtrat bis zur Stadtratssitzung im ~~November-Dezember 2011~~ **März 2012** Vorschläge bezüglich des Bestehens oder Nichtbestehens einer Notwendigkeit zur Umwandlung der Sportverwaltung in der Stadt Halle (Saale) in eine andere Organisationsform vorzulegen und deren jeweilige Vor- und Nachteile aufzuzeigen. Die in der Sportausschusssitzung am 02.08.2011 vorgestellten Konzepte des Stadtsportbundes Halle e.V. sind in die Untersuchungen einzubeziehen.

**zu 7.2.1 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Sportverwaltung in Halle
Vorlage: V/2011/10287**

Die Diskussion wurde gemeinsam mit dem TOP 7.2 geführt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Teilnehmungsmanagement-Anstalt Halle dem Stadtrat bis zur Stadtratssitzung im **März 2012** Vorschläge bezüglich des Bestehens oder Nichtbestehens einer Notwendigkeit zur Umwandlung der Sportverwaltung in der Stadt Halle (Saale) in eine andere Organisationsform vorzulegen und deren jeweilige Vor- und Nachteile aufzuzeigen. Die in der Sportausschusssitzung am 2. 08. 2011 vorgestellten Konzepte des Stadtsportbundes Halle e. V. sind in die Untersuchungen einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

zu 7.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines Gutachtens zum aufgabenbezogenen Finanzbedarf der Kommunen in Sachsen-Anhalt - Vorlage: V/2011/10078

An der Diskussion beteiligten sich Herr Weirich, Herr Bönisch, Herr Knöchel, Herr Wolter und Herr Geier.

Die Diskussion drehte sich um die Frage, dass das erstellte Gutachten auch breit akzeptiert werden müsse. Der Städte- und Gemeindebund habe aufgrund der Zusammensetzung ggf. ein anderes Interesse als die kreisfreien Städte zu unterstützen. Sollte die Stadt Halle (Saale) allein ein Gutachten vorlegen, werde dies ggf. nicht akzeptiert.

Geschäftsordnungsantrag von Herrn Wehrich:

Vertagung bis zur Klärung, was für Zahlenmaterial als Grundlage in der Verwaltung bereits vorliegt.

Abstimmungsergebnis des Geschäftsordnungsantrages:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis:

vertagt durch Geschäftsordnungsantrag von Herrn Wehrich (Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle (Saale) setzt sich im Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt für die Beauftragung eines wissenschaftlichen Gutachtens zur Bestimmung des auskömmlichen aufgabenbezogenen Finanzbedarfs aller Kommunen im Bundesland ein. Dieses sollte in der zweiten Jahreshälfte 2012 der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

zu 7.4 **Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Einführung des Gender Budgetings in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09888**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Meerheim, Herr Bönisch, Herr Wolter und Herr Geier.

Herr Geier warb für die Verschiebung der Einführung aufgrund der Doppik und verwies auf die Begründung der Verschiebung des Antrages.

Einige Mitglieder betonten die Notwendigkeit der inhaltlichen Beschäftigung der Verwaltung mit diesem Thema. Durch die Einführung des Gender Budgetings könne mehr Transparenz in die Ausgaben gebracht werden. Ggf. könne die Einführung auch in kleineren Teilschritten erfolgen. Die Kopplung an die Einführung der Doppik sei ein guter Zeitpunkt in diesem Lernprozess.

Andere Mitglieder erkannten den zusätzlichen Arbeitsumfang der Verwaltung.

(20:30 Uhr - Frau Nagel verließ die Sitzung.)

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen

3 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die anstehende Umstellung auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesens zu nutzen, um möglichst zugleich „Gender Budgeting“ (stufenweise) in der Stadt Halle (Saale) zu verankern.

zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten

Schriftliche Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

zu 9 Mitteilungen-
- Kurzinformation zum Stand der Antragsentwicklung im Rahmen von Bildung und Teilhabe und den finanziellen Auswirkungen
- Übersicht über die Vorhaben der Stadt Halle (Saale) im Rahmen des Konjunkturpaketes II
- Investitionsprioritätenliste

Die

- Kurzinformation zum Stand der Antragsentwicklung im Rahmen von Bildung und Teilhabe und den finanziellen Auswirkungen und
- die Übersicht über die Vorhaben der Stadt Halle (Saale) im Rahmen des Konjunkturpaketes II

wurden zu Beginn der Sitzung als Tischvorlage übergeben.

Vergütung der Mehrarbeit im Amt 37 (Feuerwehr)

Frau Unger erläuterte eine parallel ausgegebene Information der Verwaltung. Diese wurde auch im Session im Nachgang der Sitzung elektronisch hinterlegt.

Investitionsprioritätenliste

Herr Geier führte aus, dass durch das Land eine Kürzung der Investitionspauschale von 4,8 Mio. € avisiert wurde. In der Investitionsprioritätenliste, die durch die Verwaltung im Nachgang der Sitzung verteilt wird, sei diese Kürzung noch nicht enthalten. Verwaltung und Rat sollten sich zu gegebener Zeit darüber verständigen, wie mit dieser Kürzung umgegangen werden soll.

Widerspruchsverfahren zum Haushalt der Stadt Halle (Saale) 2011

Herr Geier informierte, dass die Begründung der Stadt zum Widerspruchsverfahren bezüglich des Haushaltes der Stadt Halle (Saale) 2011 vom Landesverwaltungsamt nicht akzeptiert wurde. Die Thematik werde in der morgigen Fraktionsvorsitzendenrunde intensiver besprochen. Dabei seien die Fragen des aufgabenbezogenen Finanzausgleichs und des

abgelehnten Paradigmenwechsels besonders wichtig. Es müsse eine Entscheidung über das weitere Verfahren für die Stadtratssitzung vorbereitet werden.

zu 10 mündliche Anfragen

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

zu 11 Anregungen

Der Ausschuss gebeten, die Sitzung im Januar 2012 zeitlich vorzuziehen, da an diesem Tag der Neujahrsempfang der Oberbürgermeisterin stattfinden soll. Die Mitglieder baten um Prüfung, ob dieser nicht auf den 18.1.2012 verlegt werden könne, da der Hauptausschuss erfahrungsgemäß eher endet. Das Thema wird ggf. in der Fraktionsvorsitzendenrunde am 16.11.2011 noch einmal erörtert werden.

(20:45 Uhr - Herr Wehrich verließ die Sitzung.)

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
Ausschusses

Egbert Geier
Beigeordneter
Finanzen und Personal

Martina Beßler
Protokollführerin